

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 866846 ppbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Gernot Eler MdB befaßt sich mit der amerikanischen Reaktion auf den Wahlausgang in Rußland: Das Shock-Containment hielt nur im Weißen Haus.

Seite 1

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast MdB fordert eine überfällige Gesetzesreform: Einbürgerung erleichtern, doppelte Staatsangehörigkeit zulassen.

Seite 3

Dokumentation

Der frühere hessische Ministerpräsident Holger Börner, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, hat aus Anlaß des 80. Geburtstags von Willy Brandt dessen Leben und Werk gewürdigt. Wortlaut

Seite 5

**Neue Adresse ab
1.1.1994**
Schumannstr. 2b
53113 Bonn
Postfach 190167
53037 Bonn

48. Jahrgang / 242

20. Dezember 1993

Amerika und die Wahlen in Rußland Das Shock-Containment hielt nur im Weißen Haus

Von Gernot Eler MdB (zur Zeit Washington)

Amerika befindet sich in Weihnachtsstimmung. Die Shopping-Tempel strahlen im Glanz von schier unendlichen Lichtergirlanden, umspült von sanfter Weihnachtsmusik. Fast an jeder Haustür, durch die geschenkschwere Türen getragen werden, hängt der traditionelle Weihnachtsstrauß. In den weitläufigen Regierungsgebäuden der Hauptstadt trifft man sich zu kleinen Christmas-Empfängen, bei denen beachtliche Mengen an Selbstgebackenem mit Cola und Wein heruntergespült werden.

Da muß schon eine Menge passieren, um die Stimmung zu beeinträchtigen. Die Wahlen in Rußland am 12. Dezember hätten es beinahe geschafft. Zwar hat Präsident Clinton sofort die positiven Seiten betont - erste freie Parlamentswahlen seit der Oktoberrevolution und Annahme der Verfassung. Und dann versuchte er, den Shock über den Wahlausgang herunterzuspielen, indem er behauptete, "nicht besonders überrascht" zu sein. Aber daran müssen Zweifel erlaubt sein. Sicherlich hatte Vizepräsident Al Gore, der pünktlich zum Wahltermin mit einer politisch schwergewichtigen Mannschaft und über 100 Begleitern durch das Russenland tourte, eine andere Feier im Sinn, als die demokratischen Wahlverlierer zu trösten.

Das Shock-Containment hielt auch nur im Weißen Haus. Draußen, in den Medien, reihte sich ein alarmierender Bericht an den anderen, fast jeder mit dem Bild des Überraschungssiegers Wladimir Schirinowskij. Die "Financial Times" titelte zwei Tage nach der Wahl "Die Russischen Reformparteien fürchten neofaschistischen Erdbeben". Kein Blatt kam aus ohne eine Schirinowskij-Zitatensammlung, geeignet, den weihnachtlichen Einkäufern das Blut in den Adern erstarren zu lassen. Und es schlug einmal mehr die Stunde der Rußland-Experten, die an ihren Schreibtischen in den diversen "Think Tanks" nur auf eine solche Gelegenheit warten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
BezJg nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortlich:
Helmut G. Schmidt
Rudolf Schwinn



Sie erklären nicht, warum sie erst nachträglich feststellten, daß Schirinowski ein gefährlicher Populist, Nationalist und Demagoge ist, der an die "niedrigsten Instinkte" des erniedrigten russischen Volkes mit einer perfekten TV-Kampagne erfolgreich appellierte. Aber bei einem Round-Table im konservativen Hudson-Institut bekannten gleich mehrere Spezialisten, einschließlich eines russischen Ex-Generalstabs-Generals, schon jahrelang mit dem ungewöhnlichen Liberaldemokraten aus Moskau bekannt zu sein. Ein Gespräch mit dem vielgefragten russischblütigen Kremisbeobachter Dmitri Simes, der die Clinton-Administration für eine völlig falsche Behandlung von Jelzin kritisierte, wurde durch einen Anruf von Expräsident Richard Nixon unterbrochen. Der unterstützte die Appelle von Simes, jetzt eine andere Rußlandpolitik zu entwerfen und auch militärisch wieder mehr auf der Hut zu sein, und lud ihn gleich zu einer abendlichen Beratung ein - zusammen mit Kissinger und Brzezinski.

Da gibt es mehr als eine Einrichtung, mehr als einen Fachmann für Details des russischen Militärpotentials, die plötzlich die Chance für neue Aufträge wittern.

Clinton und seine Leute haben sich durch diese Aufgeregtheiten allerdings nicht aus der Ruhe bringen lassen. Drei Tage nach der Wahl unterzeichnet Al Gore in Moskau zwei Abkommen mit Rußland über Zusammenarbeit im Weltraum und bei der Verbesserung der russischen Atomkraftwerke. Erfreut läßt er sich von Jelzin versichern, an der prowestlichen und sämtliche Landesgrenzen respektierenden russischen Außenpolitik werde sich nichts ändern. In einem Gespräch versichert der sachkundige Senator Bill Bradley, Washington werde auf keinen Fall jetzt den Fehler machen, seine Hilfe für Moskau in Frage zu stellen, während allerdings ein anderer einflußreicher Senator, nämlich Lee Hamilton, bereits öffentlich eine Überprüfung des 2,5-Milliarden-Dollar-Programms für Rußland verlangte.

Präsident Clinton selber erklärte vor der Presse: "Da ich nicht sehe, daß es da eine Änderung in der russischen Politik gibt, sehe ich keine Basis für einen Wechsel in unser Politik zu diesem Zeitpunkt". Und er fügte hinzu, eher gelte es, jetzt "unsere Anstrengungen zur Unterstützung des Reformprozesses in Rußland zu verdoppeln". Vier Tage nach dem Wahltag ging ein merkliches Aufatmen durch die politischen Korridore der Stadt am Potomac-River, als nämlich deutlich wurde, daß nach Auszählung der einzelnen regionalen Wahlbezirke die Partei Gajdars doch noch stärkste Kraft in der neuen Staatsduma wird, und nicht die Liberaldemokraten des gefährlichen Volkstribuns.

Es sieht so aus, als könne Clinton seinen Kurs des Nicht-Überreagierens und der Fortsetzung der Kooperation mit Rußland durchsetzen. Eine gewisse Ratlosigkeit stellt sich aber bei der Frage ein, wie der lauter werdende Ruf der mittel- und osteuropäischen Länder nach Sicherheitsgarantien beantwortet werden soll. Gerade erst glaubte man mit der Zauberformel "Partnership for peace" in Washington die ideale Mitte gefunden zu haben zwischen einer Osterweiterung der NATO, die niemand außer Volker Ruhe wirklich will, und einer Taubheit gegenüber den östlichen Hilferufen aus dem sicherheitspolitischen Niemandsland zwischen der Eibe und der russischen Westgrenze. Jetzt spürt hier jeder, daß der Druck zugunsten einer präziseren Versicherung gegen das düstere Dräuen der Nationalisten aus Moskau wächst. Der polnische Außenminister Andrzej Cieschowski hinterließ einen nachhaltigen Eindruck in Washington, als er die These von der Protestwahl in Moskau zerpfückte und "etwas Fundamentaleres" im Sinne einer von den Wählern gestützten Rückkehr zu imperialem Denken in Rußland aufdeckte.

Viel Zeit bleibt nicht zum Nachdenken, wie diese Fernwirkung der Parlamentswahlen an der Moskwa ausbalanciert werden soll. Der NATO-Gipfel am 10. Januar wird schon eine erste Antwort geben müssen, und das Bewußtsein darüber dämpft in Washington dann doch ein bißchen die glöckchenklingende Weihnachtsstimmung.

(-/20. Dezember 1993/rs/ks)

Einbürgerung erleichtern - doppelte Staatsangehörigkeit zulassen
Der mühsame und hürdenreiche Weg zu einer überfälligen Gesetzesreform

Von Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast MdB
Stellvertretende Innenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Verblaßt die Erinnerung so rasch? Sind die vollmundigen Beteuerungen nach der Mordtat von Solingen schon vergessen? Nicht nur empörte Türkinnen und Türken, sondern auch viele Deutsche hatten unter dem Eindruck des schrecklichen Brandanschlages bessere und konkretere Angebote zur Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger verlangt. Gut zwei Monate zuvor hatten wir unseren Gesetzesentwurf ins Parlament eingebracht, der den länger hier lebenden Menschen ohne deutschen Paß die Einbürgerung erleichtert und sie nicht länger zwingt, die bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben. Ganz ähnlich klangen die Vorschläge der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung; und der Bundespräsident hatte schon zu Weihnachten des vergangenen Jahres die Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit als wichtiges Signal einer ausländerfreundlicheren Politik benannt.

Zeitgleich startete eine parteiübergreifenden Initiative für ein Referendum, das in dieselbe Richtung zielte. Die Unterschriftenliste umfaßt mittlerweile mehr als eine Million Namen. Es gibt also eine breite "Bürgerbewegung" zugunsten einer Reform, die wahrhaftig nichts Umstürzlerisches an sich hat; die lediglich ein Stück Lebenswirklichkeit gesetzgeberisch nachvollzieht. Daß sie die deutsche Identität aus den Angeln hebt, ist weißgott nicht zu befürchten. Aber starrsinnig und dogmatisch hält der christdemokratisch/christlich-soziale Teil der Koalition an seiner Ablehnung fest und verhindert damit eine Änderung, die auf breite gesellschaftliche Akzeptanz stößt.

Seit der Einbringung in den Bundestag hat die SPD-Initiative eine erste Lesung erfahren, ist anschließend einmal im federführenden Innenausschuß beraten worden, war Gegenstand einer Sachverständigenanhörung Ende September. Eine weitere Behandlung kurz vor der parlamentarischen Weihnachtspause setzten die Unionsvertreter von der Tagesordnung ab mit der Begründung, sie "seien noch nicht so weit". Das darf man getrost im doppelten Sinne auffassen: Es mangelt eben nicht allein an Interesse und Engagement oder Rückkoppelung zum Innenminister und zur Partei - es fehlt auch der Wille, sich auf die Anforderungen einer Zeit einzulassen, in der mittlerweile 70 Prozent der fast sechs Millionen Ausländerinnen und Ausländer in der Bundesrepublik schon länger als zehn Jahre hier leben und die große Mehrheit der Jugendlichen bereits in diesem Land geboren wurde. Die Einwanderung, die seit nunmehr über drei Jahrzehnten stattfindet, ist unumkehrbar geworden. Wer hier seinen Lebensmittelpunkt gefunden hat, möchte sich auch heimisch fühlen und anerkannt werden. Das bedingt, daß wir den Menschen politische und gesellschaftliche Gleichstellung nicht vorenthalten dürfen. Ich weiß, daß Einbürgerungserleichterungen keine Wunderwaffe gegen rechtsradikale Schreihälse und Schläger sind. Aber sie liefern einen Beitrag zum besseren Miteinander, zu mehr Partnerschaft zwischen Deutschen und Einwanderern. Sie fördern die Integration.

Das wissen aufgeklärtere Unionspolitiker wie Rommel oder Geißler, das weiß natürlich auch die FDP. Die hat sogar im Spätsommer einen entsprechenden Parteibeschluß gefaßt, sieht sich aber wegen des anhaltenden Widerstandes der Mehrheit in der CDU/CSU außerstande, ihren politischen Willen in parlamentarische Vorlagen zu fassen. Dasselbe gilt für die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, FDP-Politikerin Cornelia Schmalz-Jacobsen. Wir stehen vor einer kuriosen Situation: Sowohl die Liberalen im Bundestag wie auch die Ausländerbeauftragte haben selbst Konzepte erarbeitet und begleiten unsere Vorschläge mit heftigem Kopfnicken, haben aber keine Möglichkeit gefunden, ihre Vorlagen offiziell einzubringen. Als Steigbügelhalter mußte hier vielmehr der Bundesrat herhalten. Der hat sich nämlich den Entwurf Cornelia Schmalz-Jacobsens zur Grundlage für eine eigene Drucksache genommen und dazu ausdrücklich erklärt: Man mache sich die Vorschläge nicht bis auf das letzte Komma zu eigen, wolle aber auf diesem Wege sicherstellen, daß das Konzept der Ausländerbeauftragten über-

haupt parlamentarisch behandelt werden kann. Und so ist es denn erstmalig auch im November geschehen! Mit anderen Worten: Der Vorstoß des Landes Niedersachsen liefert das Transportmittel, um diesem Konzept überhaupt die notwendige Beachtung durch den Deutschen Bundestag zu ermöglichen. Ein diffuses Bild, und ein für die Koalition erbärmliches dazu!

Warum sperrt sich das konservative Lager gegen diese behutsame Reform? Verfassungsrechtliche Bedenken greifen ebenso wenig wie völkerrechtliche. Auch der Hinweis auf das inzwischen hochbetagte Abkommen des Europarats zur Vermeidung der Mehrstaatigkeit (es stammt aus dem Jahr 1963) verfängt nicht.

Die meisten Staaten um uns herum verfahren inzwischen großzügiger. Die Bundesrepublik, Österreich und Luxemburg bilden mit ihrer restriktiven Handhabung mittlerweile eine kleine Außenseitergruppe. Ich halte die Gründe, die die Bundesregierung und Unionspolitiker immer wieder ins Feld führen, allesamt für vorgeschoben. Es geht ihnen im Grunde genommen nicht um die Frage nach der Loyalität zu einem Land oder um partielle Unsicherheiten, etwa bei der Garantie des diplomatischen und konsularischen Schutzes. Sie wollen den Menschen, die hier seit fünf, acht oder mehr Jahren leben, keine volle Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben einräumen. Sie verlangen von ihnen, alle Brücken zur ehemaligen Heimat abzubauen - was, wie man weiß, bei vielen Betroffenen auf emotionale und oft auch auf ganz massive materielle Hindernisse stößt.

In seltener Deutlichkeit offenbart sich diese Geisteshaltung in einem Brief, mit dem das Bundesinnenministerium vor wenigen Tagen auf eine der zahlreichen Städte-Initiativen für die doppelte Staatsangehörigkeit in seinem Schreiben an die Stadt Viersen zurückgewiesen hat. Da wird gebetsmühenhaft wiederholt, daß Deutschland nun mal "kein Einwanderungsland" sei. "Insbesondere fehlt es an der Voraussetzung, menschenleere Räume mit Zuwanderern aus aller Welt zu füllen" - was übrigens gar nicht gefordert und gemeint war -; Priorität müsse auch weiterhin die Aufnahme deutscher Aussiedler aus den Staaten Ost- und Südosteuropas haben.

Die Erleichterungen bleiben minimal

Im übrigen meint die Bundesregierung, sie könne sich auf die bisher eingeräumten Möglichkeiten zurückziehen wie auf ein Ruhekitzen. Das 1991 in Kraft getretene Ausländergesetz sieht Regelanprüche für Heranwachsende und für Menschen vor, die länger als 15 Jahre in Deutschland leben. Das ist absolut unzureichend und - bei den Erwachsenen - ein viel zu langer Zeitraum als Grundvoraussetzung. Schwerer wiegt aber noch, daß die doppelte Staatsangehörigkeit nur unter wenigen, eng eingegrenzten Voraussetzungen genehmigt wird. Und auch im neuen Asylverfahrensgesetz bleiben die Erleichterungen minimal.

Geradezu heuchlerisch argumentiert dieser Brief aus dem Innenministerium, wo er Verständnis dafür äußert, daß viele Ausländer an den gefühlsmäßigen Bindungen zu ihrem Herkunftsland festhalten. Gerade das eben, so wird gefolgert, sei ein Beleg dafür, daß diese Menschen die grundlegende Bedeutung der Staatsangehörigkeit erfaßt haben - auch und gerade für die eigene Identität - und sich deshalb mit dem deutschen Staat nicht in vollem Umfang identifizieren können! Das ist geradezu perfide als Einwand gegen die Mehrstaatigkeit - aber noch lange nicht stichhaltig. In Großbritannien nämlich ist längst offiziöse politische Einschätzung, daß Bürgerinnen und Bürger durchaus Loyalität sowohl zu ihrem Ursprungsland empfinden können als auch zu dem Land, in dem sie inzwischen sesshaft und verwurzelt sind. Außerdem, so argumentiert man hier, führe die Ablehnung der doppelten Staatsangehörigkeit zu unnötigem bürokratischem Aufwand - man höre und staune! Man kann also auch anders an das Problem herangehen.

Die Regierenden in der Bundesrepublik dagegen huldigen einem Standpunkt, der Dogmatismus und Arroganz verrät. Für sie ist die "Verleihung" der Staatsangehörigkeit "kein Mittel zur Integration", sondern "ihr Abschluß und ihre Bestätigung". Man fühlt sich an die Modalitäten eines Examins erinnert, dem Vorprüfungen und Opfer vorausgehen. Das Deutschtum als Krö-

nung, als Stempel und Etikett - wer gibt uns das Recht auf solche Hoffart?

Und weiter: Was eigentlich bedeutet heute die Treue zu einem Staat? Ganz sicher nicht mehr der bedingungslose Gehorsam vor einem Herrscher; die Monarchie ist bekanntlich abgeschafft. Auch nicht die Loyalität zu einer Regierung; denn die kann Fehler machen und ersetzt werden. Am ehesten verbindet sich Loyalität mit der Treue zu unserer Verfassung. Und die ist wahrhaftig nicht abhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Religion. Wir werden uns unbeirrt weiter einsetzen für unsere Forderung nach der erleichterten Einbürgerung und der Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit. Denn eines ist klar: Wer sich um Einbürgerung bemüht genießt nicht nur die Rechte, sondern hat sich auch nach den sich daraus ergebenden Verpflichtungen gegenüber seinem Staat, dem er nun als aktiver Staatsbürger angehört, zu richten. Er kann sich dann nicht auf seine bisherige, ruhende Staatsangehörigkeit zurückziehen.

Die Auseinandersetzungen im Wahljahr 1994 werden nicht leichter, das wissen wir. Die CDU/CSU muß sich aber entscheiden. Entweder bleibt sie Bannenträger der Unbelehrbaren - in der Hoffnung, am rechten Wählerrand Stimmen abzufischen. Oder sie begreift endlich, daß eine humane, vom Integrationswillen getragene Politik gegenüber Ausländerinnen und Ausländern unverzichtbar ist. Auch und gerade für den sozialen Frieden in unserem Land!

(-/20. Dezember 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

"Willy Brandt - ein Patriot ohne nationalistische Verengung"

Der frühere hessische Ministerpräsident Holger Börner, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, hat seinen "langjährigen Weggefährten" Willy Brandt als "deutschen Patriot ohne jede nationalistische Verengung" gewürdigt. Börner sprach am 18. Dezember, dem 80. Geburtstag Brandts, aus Anlaß der Benennung des Platzes vor dem Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe in "Willy-Brandt-Platz". Hier war im Juni 1970 der DDR-Ministerratsvorsitzende Willi Stoph mit einem Sonderzug eingetroffen; auch der Erfurter Bahnhofsvorplatz, wo Willy Brandt einige Wochen vorher empfangen worden war, trägt den Namen des SPD-Vorsitzenden und Friedens-Nobelpreisträgers. Böners Rede im Wortlaut:

Als langjähriger Weggefährte von Willy Brandt ist es für mich eine bewegende Stunde, aus Anlaß der Namensgebung für diesen Platz zu sprechen.

Kassel und Erfurt waren zwei Stationen auf dem langen Weg zur Überwindung der deutschen Teilung.

Im Jahre 1970 war Willy Brandt in Erfurt zur Begegnung mit der damaligen DDR-Führung.

Über seine Empfindungen bei dieser Reise hat er später gesagt:

"Es hatte sich jene große Menge eingefunden, die ihrer Freude durch Zurufe Ausdruck geben. Als ich mich zurückgezogen hatte, tönte es in Sprechchören: Willy Brandt ans Fenster! Dem folgte ich nicht gleich, dann aber doch, um mit der Gestik der Hände um Zurückhaltung zu bitten. Ich war bewegt und ahnte, daß es ein Volk mit mir war. Wie stark mußte das Gefühl der Zusammengehörigkeit sein, das sich auf diese Weise entlud. Aber es drängte sich auch die Frage auf, ob hier nicht Hoffnungen aufbrachen, die nicht - so rasch nicht - zu erfüllen waren."

Zwei Monate später fand dann die Fortsetzung dieser Verhandlung hier in Kassel statt. Es ging um die menschlichen Erleichterungen im geteilten Deutschland.

Für Fortschritte war damals die Zeit noch nicht reif und die Konfrontation zwischen West und Ost noch zu groß.

Aber Willy Brandt war ein Mann von weiter Vision mit der Fähigkeit, das Alltägliche zu erfassen und zu tun. Neuen Bewegungsspielraum für die deutsche Politik nach Osten und damit auch in Europa und in der Welt zu gewinnen - darum ging es ihm.

Und vor allem: für die Menschen das herauszuholen, was damals möglich war.

Die deutsche Einheit hat er nie aus dem Auge verloren. Bereits bei dem Passierscheinabkommen der 60er Jahre hat er davon gesprochen: "Man muß zusammenhalten, was zusammengehört."

Vor etwas mehr als vier Jahren fiel in Berlin die Mauer. Für Willy Brandt war dies ein Tag, an dem seine Vision, die deutsche Teilung zu überwinden, Wirklichkeit wurde. Es war die Vollendung seines Lebenswerks.

Jahrzehnte seines Lebens hatte er dafür gearbeitet.

Sein Wort:

"Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört",

ist in die Geschichte unseres Volkes eingegangen.

Die Stadt Kassel würdigt heute mit der Benennung dieses Platzes

- den großen Sozialdemokraten
- den Staatsmann, der Geschichte gemacht hat
- und den Friedensnobelpreisträger.

Willy Brandt war ein deutscher Patriot - ohne jede nationalistische Verengung. Er war ein Europäer, der die westliche Integration wollte, aber darüber hinaus dachte.

Willy Brandt war zugleich ein überzeugter Internationalist:

- Er hat den Nord-Süd-Dialog angestoßen und immer wieder vorangebracht
- und damit den Menschen in der Dritten Welt neue Hoffnung gegeben.

Seine politischen Ziele hat er einmal wie folgt umschrieben:

"Einer sich steigenden Zahl von Menschen Freiheit erfahrbar zu machen und dafür zu sorgen, daß die großen gesellschaftlichen Lebensbereiche von den Grundwerten der Demokratie und Gerechtigkeit durchdrungen werden. Und daß es vor allem Solidarität ist, die den Schwachen zu mehr Freiheit verhilft."

Dies ist sein politisches Vermächtnis.

Es gibt für die Zukunft Orientierung.

Und es ermutigt uns zugleich, in seinem Sinne weiterzuwirken.

(-/20. Dezember 1993/rs/fr)
